

Schwechat

Bim-Entscheidung im Herbst

Die Diskussion über die Straßenbahn-Verlängerung ins Wiener Umland soll nicht zur unendlichen Geschichte werden.

VON BERNHARD ICHNER

Die Entscheidung, ob es eine Straßenbahn-Verlängerung nach Schwechat geben wird oder nicht, fällt im Herbst. Das ist das Ergebnis einer hochkarätig besetzten Diskussionsrunde, die gestern Nachmit-

tag stattfand. Neben sämtlichen Gemeinderatsfraktionen nahmen Stadt-Umland-Manager Andreas Hacker, Vertreter der Stadt Wien und des VOR sowie Niederösterreichs oberster Verkehrsplaner, Friedrich Zibuschka, daran teil.

Conclusio der Gesprächsrunde: Um sachlich über eine Straßenbahn-Verlängerung diskutieren zu können, fehlen maßgebliche Zahlen und Daten. So müsse etwa erst das Öffi-Nutzungsverhalten der Schwechater eingehend überprüft werden. Die Eruiierung der Verkehrsströme zwischen NÖ und Wien ist Inhalt einer aktuel-

len Erhebung, die im Auftrag der Länder derzeit vom Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) durchgeführt wird. Die Ergebnisse sollen im Herbst vorliegen. „Erst dann können wir sachlich diskutieren“,

stellt Stadtchef Hannes Fazekas klar. Fest steht aber, dass diese Diskussion nicht zur unendlichen Geschichte werden soll. „Im Herbst sollen sich die Länder dann endgültig positionieren“, betont Stadt-Umland-Manager Hacker.

Derzeit herrscht jedenfalls Uneinigkeit: Während sich ÖVP und Grüne die Verlängerung der Straßenbahn auf die Fahnen geschrieben haben, ist man bei der SPÖ eher



Fazekas will die VOR-Studie abwarten

dagegen. Fazekas will zwar „sachlich diskutieren“, hat aber mehrere Argumente gegen das Projekt parat: „Erstens bezweifle ich, dass sich die Fahrzeiten verkürzen würden. Zweitens würde man sich

keine einzige Buslinie sparen können. Und drittens wäre entlang der Route (im Fall der Verlängerung der Linie 7 1; Anm.) zu wenig Platz für die Radfahrer.“ Außerdem seien „Herstellungskosten von 14 Millionen Euro und jährliche Betriebskosten von drei Millionen Euro“ zu hoch. Zumal die Stadtgemeinde einen Gutteil davon zu tragen habe. Laut Zibuschka könnte das Land 30 bis 40 Prozent der Kosten fördern.